



ANTRAGSHEFT



... der Papierkrieg geht weiter ;-)!



LANDESMITGLIEDERVERSAMMLUNG

19. November in Magdeburg
Anmeldung an jugend@dielinke-lsa.de

2011

linksjugend
['solid'] 
Sachsen - Anhalt



INHALTSVERZEICHNIS

1.	Kurzinfos.....	3
2.	Tagesordnung / Zeitplan.....	5
3.	Geschäftsordnung LMV.....	6
4.	Rechenschaftsberichte.....	8
4.1	Rechenschaftsbericht LSpR.....	8
4.2	Rechenschaftsbericht Finanzen.....	11
4.3	Rechenschaftsbericht Länderrat.....	11
5.	Satzungsänderungsanträge / weitere Anträge.....	13
5.1	Satzungsänderungsanträge.....	13
5.2	Weitere Anträge.....	20
6.	Kandidaturen.....	30
6.1	Landessprecher_Innenrat + Schatzmeister_In.....	30
6.2	Bundeskongressdelegierte.....	34
6.3	Länderratsdelegierte.....	38
6.4	Landesausschussmitglieder DIE LINKE.....	40

1 KURZINFOS

★ *Wen muss ich kontaktieren, wenn irgendetwas schief geht und wo gibt es mehr Infos?*

Du kannst bei allen Fragen unseren Juko Robert kontaktieren via 0163-7057294 oder per eMail via jugend@dielinke-lsa.de

Alle Infos kriegt ihr einerseits über den LMV-eMail-Verteiler oder die Webseite: http://www.linksjugend-lsa.de/lmv_2011/einladung/

★ *Wo muss ich hin und wann geht's los?*

zensiert (erfahrt ihr nach Anmeldung von Robert via jugend@dielinke-lsa.de oder Handy)
--

Tagungsbeginn ist 11.00 Uhr.

★ *Was ist mit Fahrkosten?*

Die Fahrkosten werden selbstverständlich übernommen. Wir bitten jedoch um Bildung von Fahrgemeinschaften – eine Koordinierung wird wie immer durch den Juko Robert übernommen.

★ *Ihr müsstet Übernachten?*

Wenn Ihr einen Schlafplatz braucht, weil Ihr am Abend nicht mehr weg kommt, dann meldet Euch **möglichst vorher** telefonisch oder via eMail bei unserem Juko Robert. Es gibt genügend Übernachtungsmöglichkeiten bei unseren Magdeburger_innen.

★ *Verpflegung?!*

Frühstück gibt es ab 10.00 Uhr, die LMV beginnt dann pünktlich ab 11.00. Gegen 13.00 Uhr kommt dann eine vegane KüFa (Küche für Alle) vom Thiembuktu, die euch was sehr leckeres kochen und kurz erläutern, was sie so machen. Abendbrot nach Abschluss der LMV ist auch gesichert, es gibt dann natürlich ein anderes Gericht! Zwischendurch wird es noch leckere Snacks und eine etwas ausgedehntere Kaffeepause geben. Bitte bringt aber auch gerne eigene Verpflegung mit, wir sind froh über alles, was nicht zu Lasten unserer bereits überstrapazierten Kasse geht :D. Die KüFa kocht übrigens zum Selbstkostenpreis, für die Sache. Sie freuen sich natürlich, wenn ihr eine kleine Spende übrig hättet ;)

★ *Ihr wollt noch kurzfristig kandidieren?*

Ihr wollt Euch noch als Mitglied des LSpR, des Landesauschuss der Partei DIE LINKE.Sachsen-Anhalt, Delegierter zum Bundeskongress oder Länderrat zur Wahl stellen? Dann bereitet noch rechtzeitig vor der Wahl ein paar Worte, möglichst auch mit folgenden Inhalten, vor und meldet Euch bei Robert:

- Name, Alter und Wohnort
- wofür Ihr kandidieren wollt
- was bisher Euer Engagement war und
- wie Ihr es Euch in dem jeweiligen Gremium vorstellt

Natürlich ist das keine Pflicht, eine schicke Bewerbung erhöht allerdings die Chancen, gewählt zu werden ;).

*Die Mitglieder des LandessprecherInnenrates
Der Jugendkoordinator*

2 TAGESORDNUNG / ZEITPLAN

- 11:00 – 13:00 TOP 1.1 Begrüßung/Grußwort Landesvorsitzender der Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt/weitere Grußworte/Konstituierung LMV
TOP 1.2 Abstimmung Geschäftsordnung/Abstimmung Tagesordnung / Zeitplan
TOP 1.3 Rechenschaftsberichte LSpR (Jahresbericht + Finanzbericht)
TOP 1.4 Aussprache zu Rechenschaftsberichten
TOP 1.5 Bericht der Kreis-/Stadt-/Ortsverbände
- 13:00 – 13:30 Mittagspause
- 13:30 – 14:15 TOP 2.1 Einbringung Satzungsänderungsantrag
TOP 2.2 Debatte und Abstimmung Satzungsänderungsantrag
TOP 2.3 Einbringung sonstige Anträge
TOP 2.4 Debatte und Abstimmung sonstiger Anträge
- 14:15 – 14:30 TOP 3 Aufstellung /Wahl der Liste zur Sicherung der Mindestquotierung des LSpR
- 14:30 – 15:00 Inputreferat zur Kampagne „Bundeswehr raus aus den Schulen“
- 15:00 – 15:15 TOP 4 Aufstellung / Wahl der gemischten Liste LSpR
- 15:15 – 15:30 TOP 5 Bericht der Länderratsdelegierten
- 15:30 – 16:00 Kaffeepause
- 16:00 - 16:15 TOP 6 Aufstellung / Wahl der/des Schatzmeister_in
- 16:15 – 16:30 TOP 7 Aufstellung /Wahl der Liste zur Sicherung der Mindestquotierung der Bundeskongressdelegierten
- 16:30 – 16:45 TOP 8 Aufstellung / Wahl der Liste zur Sicherung der Mindestquotierung für LR
- 16:45 – 17:45 TOP 9 politische Debatte
- 17:45 – 18:00 TOP 10 Aufstellung / Wahl der gemischten Liste der Buko-Delegierten
- 18:00 – 18:15 TOP 11 Aufstellung / Wahl der gemischten Liste für LR
- 18:15 – 18:30 Raucherpause
- 18:30 – 18:45 TOP 12 Aufstellung / Wahl Liste zur Sicherung der Mindestquotierung für Landesausschuss
- 18:45 – 19:00 TOP 13 Aufstellung / Wahl der gemischten Liste für Landesausschuss
- 19:00 – 19:15 Abschluss der LMV (Zusammenfassung der Beschlüsse und Wahlergebnisse)
- Party :=)))

3 GESCHAFTSORDNUNG

1. Stimmrecht und Beschlussfähigkeit

- 1.1. Alle anwesenden Mitglieder der Linksjugend [solid] Sachsen-Anhalt haben aktives und passives Wahlrecht, sofern sie noch nicht 35 Jahre jung sind.
- 1.2. weiteren Anwesenden (passive Mitglieder, Sympathisant_innen) kann das Stimmrecht auf Beschluss der Landesmitgliederversammlung übertragen werden.
- 1.3. Die LMV ist beschlussfähig, wenn sie satzungsgemäß einberufen wurde.
- 1.4. Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit aller abgebenden Stimmen der anwesenden stimmberechtigten Teilnehmer_innen in offener Abstimmung gefasst.
- 1.5. Stimmgleichheit gilt als Ablehnung.
- 1.6. Wahlen finden geheim statt.
- 1.7. Gäste haben Rede- und Antragsrecht.

2. Tagungsgremien

- 2.1. Die Landesmitgliederversammlung (LMV) wählt in offenen und getrennten Abstimmungen die Tagesleitung, Protokollant_innen und die Wahlkommission. Die Aufstellung erfolgt vor der Landesmitgliederversammlung.
- 2.2. Die Tagesleitung leitet die Verhandlung der LMV gemäß der beschlossenen Tagesordnung und hat hierbei die Aufgabe:
 - a) zu Verfahrensfragen jederzeit das Wort zu ergreifen,
 - b) bei Überschreitung der Redezeit das Wort zu entziehen,
 - c) Rednerinnen zur Sache zu rufen,
 - d) die Verhandlung bei Störungen zu unterbrechen,
 - e) die Abstimmungen aller Anträge zu leiten,
 - f) Anfragen zuzulassen,
 - g) Gästen das Wort zu erteilen,
 - h) die Kandidat_innenliste aufzunehmen,
 - i) die Redner_innenliste quotiert und nach Erstredner_innen zu führen
 - j) im Zweifelsfall die Geschäftsordnung auszulegen.
- 2.3. Die Wahlkommission leitet die Wahlhandlungen entsprechend der beschlossenen Wahlordnung.
- 2.3. Der/die Protokollant_innen haben die Aufgabe ein Beschlussprotokoll, bzw. bei Diskussionen ein Wortprotokoll (möglichst genau) zu führen. Die Tagesleitung hat entsprechend eine Entscheidung zu treffen.

3. Ablauf der Debatte

- 3.1. Die Debatte verläuft entsprechend der beschlossenen Tagesordnung.
- 3.2. Wortmeldungen sind der Tagesleitung anzuzeigen. Dies ist innerhalb der Debatte per Handzeichen oder schriftlich unter Angabe des Tagesordnungspunktes, zu dem das Wort gewünscht wird, möglich.
- 3.3. Auf Antrag einer Teilnehmer_in der Landesmitgliederversammlung kann eine Redezeitbegrenzung beschlossen werden.
- 3.4. Grundlage der Veröffentlichung ist das gesprochene Wort.
- 3.5. GO-Anträge und Bekanntgaben der Wahlkommission haben Vorrang.

4. Frauenplenum

- 4.1. Auf Antrag einer weiblichen stimmberechtigten Teilnehmerin kann ein Frauenplenum einberufen werden.
- 4.2. Alle männlichen Teilnehmerinnen müssen den Tagungsraum verlassen, die Tagung wird für die Dauer des Frauenplenums unterbrochen.
- 4.3. Nach Ende des Frauenplenums werden die Ergebnisse des Frauenplenums bekannt gegeben.

5. Geschäftsordnungsanträge

- 5.1. Ein Geschäftsordnungsantrag kann jederzeit, aber ausschließlich von stimmberechtigten Teilnehmerinnen und ausschließlich mündlich gestellt werden.
- 5.2. Ein Antrag an die Geschäftsordnung wird signalisiert durch das Heben beider Arme.
- 5.3. Es kann jeweils ein/e Teilnehmer_in dafür und dagegen sprechen.
- 5.4. Danach wird der Geschäftsordnungsantrag sofort abgestimmt, sofern kein weiterer Geschäftsordnungsantrag gestellt wird.
- 5.5. Geschäftsordnungsanträge können sein:
 - a) Feststellung der Beschlussfähigkeit,
 - b) Vertagung der LMV (erfordert 2/3 Mehrheit der anwesenden Teilnehmerinnen),
 - c) befristete Unterbrechungen der Tagung,
 - d) Veränderungen der Tagesordnung,
 - e) Schluss der Debatte (nur bei Überschreitung des Zeitplanes),
 - f) Schluss der Redner_innenliste (kann nur bei Überschreitung des Zeitplanes),
 - g) Beschränkung der Redezeit (kann nur bei Überschreitung des Zeitplanes),
 - h) Wiederaufnahme der Sachdiskussion,
 - i) begrenzter Ausschluss der Öffentlichkeit (erfordert 2/3 Mehrheit der anwesenden

stimmberechtigten Teilnehmerinnen).

- 5.6. Werden mehrere Geschäftsordnungsanträge gestellt, erfolgt ihre Abstimmung in der gestellten Reihenfolge.
- 5.7. Werden mehrere Geschäftsordnungsanträge zum gleichen Gegenstand gestellt, wird der weitestgehende zuerst abgestimmt.

6. Sachanträge

- 6.1. Sachanträge an die LMV können durch jedes Mitglied der Linksjugend [solid] und der Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt, soweit sie noch nicht 35 Jahre jung sind, und Gäste gestellt werden.
- 6.2. Die Tagesleitung bestimmt die Reihenfolge der Behandlung der Sachanträge.
- 6.3. Bei verschiedenen Sachanträgen zum gleichen Gegenstand ist der weitestgehende zuerst zu behandeln.
- 6.4. Bei konkurrierenden bzw. unvereinbaren Sachanträgen zum gleichen Gegenstand ist gegebenenfalls durch Alternativabstimmung zu entscheiden, welcher Antrag der weiteren Behandlung zu Grunde gelegt wird (z.B. Hammelsprung).
- 6.5. Soweit ein Antrag, auch nach Änderung, nach Vorschlag der Tagesleitung an den LSpR zu verweisen ist, muss hierüber abgestimmt werden. Ggf. ist die Weitergabe an die Schiedskommission zu beschließen. Es kann jeweils eine Für- und eine Gegenrede eingebracht werden.

4 RECHENSCHAFTSBERICHTE

4.1 Rechenschaftsbericht Landessprecher innenrat (LSpR) – 20.11.10 -19.11.2011

Ein Erfolgreiches Jahr – vielleicht das Erfolgreichste

(ar) Am 20.11.2010 wurden Anne, Evelyn, Nathalie, André und Marcel durch 25 anwesende Mitglieder bei der Landesmitgliederversammlung (LMV) 2010 zum gemeinsamen Landessprecher_innenrat (LSpR) gewählt. Diese Wahl wurde Anfang 2011 von Mitgliedern des Landesverbandes als Satzungswidrig bemängelt. Dies war in der konstituierenden Sitzung, welche am 18.12.2010 stattfand noch nicht klar und wurde auch durch den damaligen Jugendkoordinator nicht aufgeklärt. Da alle Mitglieder des LSpR als gleichwertig gewählt wurden, haben wir innerhalb des Gremiums zwei Vorsitzende Landessprecher_innen, zwei stellvertretende Landessprecher_innen und eine Schatzmeisterin gewählt und dies auch entsprechend mit dem Newsletter bekannt gegeben. Weiterhin gaben wir uns eine umfangreiche Geschäftsordnung, in welcher wir die einzelnen Aufgaben festlegten. Neben dieser Aufgabenverteilung legten wir eine Vertreterregelung per Beschluss fest, sodass die Schatzmeisterin und der Jugendkoordinator erstmals auch eine Vertretung erhielten.

In dem Zeitraum bis zur konstituierenden Sitzung haben wir bereits mehrfach Telefonkonferenzen (Teko) durchgeführt und über die zukünftige Arbeit im Landesverband gesprochen. Ein wichtiger Punkt war hierbei die Besetzung der 400€-Stelle des Jugendkoordinators. Nach mehrfachem Klärungsbedarf mit der Landesgeschäftsführung der Partei DIE LINKE Sachsen-Anhalt konnten schlussendlich Evelyn und André an jeweils einem Vorstellungsgespräch teilnehmen. Wir haben vor der Absprache mit der Landesgeschäftsführerin bzw. dem Landesvorsitzenden der Partei über die zwei vorliegenden Bewerbungen beraten und uns, wie auch später die Partei, für Robert Fietzke entschieden. Dieser konnte mit Schwierigkeiten wie fehlenden Schlüsseln und veralteter Technik seine Arbeit dann zum 01.12.2010 aufnehmen. Nach Berichten bei den Sitzungen und Tekos wurde die Mitgliederdatenbank schon seit Monaten nicht mehr aktualisiert sowie Eintrittsbögen nicht nach Berlin weitergeleitet und auch E-Mails seit Monaten nicht mehr beantwortet, geschweige denn gelesen. Dies konnte er innerhalb von ca. drei Monaten wieder aufarbeiten und somit dem Landesverband teilweise viel Arbeit im laufenden Jahr ersparen.

Nach dem Jahreswechsel führten wir im Januar ein gemeinsames Gespräch mit Mitgliedern des Beauftragtenrates und des Koordinierungsrates der Linksjugend Sachsen bzw. Leipzig und legten Ende Januar den Grundstein für die Arbeit im gesamten Jahr. Hauptthema waren vor allem das Landesjugendtreffen, der Landtagswahlkampf, Landesparteitage, Dresden, sowie mehrere Seminare im laufenden Jahr. Dies gestaltete sich nicht einfach in Hinblick auf die geringen finanziellen Mittel, welche dem Landesverband zur Verfügung stehen.

Im Februar konnten wir das erste Mal in einer Größenordnung von über 100 Teilnehmer_innen, also zwei vollen Reisebussen nach Dresden zu den Blockaden des größten Neonaziaufmarsches mobilisieren und somit unseren Anteil zum Gelingen der Blockaden beitragen.

Im Rahmen des Landtagswahlkampfes waren wir im März mit der Länderratsdelegierten Eva auf einem Podium des Jugendstadtrates der Stadt Salzwedel vertreten, haben selbst ein erstes Podium gemeinsam mit den drei U30-Kandidat_innen und dem Vorsitzenden der Partei DIE LINKE – Klaus Ernst - veranstaltet und vor allem im Rahmen des von uns geplanten und gemeinsam mit Genoss_innen des Landesverbandes und weiterer Nachbarlandesverbände durchgeführten 96-Stunden-Wahlkampf, einen Flashmob und eine Kneiptour in Wernigerode aufgelegt und in Halle unterstützt.

Alle Mitkämpfenden waren meist mehr als 16 Stunden unterwegs und haben dafür nochmal ein riesen Dankeschön verdient! Unser Juko sowie die beiden Praktikantinnen Sarah und Pamela – Sarah ist ebenfalls aktives Mitglieder der Linksjugend ['solid] - sollen dabei nicht unbenannt bleiben: sie übernahmen immer die Planung in letzter Minute sowie die Feinplanung im Voraus. Auch hier nochmal ein großes Dankeschön!

Weiterhin fand im März eine LSpR-Sitzung in Halle statt, bei welcher wir zwei der U30-Kandidaten für den Einzug in den Landtag von Sachsen-Anhalt gratulieren konnten. Wichtig für das erste Quartal insgesamt ist auch die Gründung der des Magdeburger Stadtverbandes der Linksjugend ['solid]. Sie ist, zusammen mit dem SDS Magdeburg, eine der aktivsten Gruppen im Landesverband mit vielen Veranstaltungen und helfenden Händen für den Landesverband.

Im April haben wir zu einem Vorbereitungstreffen der Bundeskongressdelegierten eingeladen. Das Vorbereitungstreffen der Buko-Delegierten in Magdeburg hat hierbei den bis dahin vorliegenden Satzungsvorschlag diskutiert und hierbei einen Änderungsvorschlag zur Änderung erarbeitet, welcher auch dem Bundesverband fristgerecht übergeben wurde. Ein weiterer wichtiger Termin was die LSpR-Sitzung Ende des Monats, da wir zu diesem den Ort

des Landesjugendtreffens besichtigten und bereits richtungsweisende Vorbereitung hierzu getroffen haben.

Am 1. Mai haben zahlreiche Mitglieder des Jugendverbandes an den Blockaden der Nazi-Demo in Halle teilgenommen. Aufgrund einiger Ungereimtheiten mit dem Landesvorstand bzw. der Landesgeschäftsstelle der Partei DIE LINKE Sachsen-Anhalt haben wir Anfang Mai eine Aussprache über den Jugendverband durchgeführt. Hierbei wurden wir jedoch unter anderen mit dem Wort „Befindlichkeiten“ abserviert. Nach unserer Einschätzung ist kein wirklicher Effekt aus diesem Gespräch sichtbar geworden.

Mitte Mai fand der Buko in Hannover statt, wobei wir gemeinsam mit lediglich sechs der acht Buko-Delegierten anwesend waren, diskutierten, Kontakte knüpften und auch feierten. Der gemeinsame Antrag der Buko-Delegierten und uns wurde zurückgezogen, da die Antragskommission des Bundesverbandes ihren gesamten Satzungsänderungsantrag zurück gezogen hatte.

In der zweiten Hälfte des Monats fand wiederum die LSpR-Sitzung statt, wobei es hauptsächlich um die Auswertung des Buko und der dort geführten Diskussionen und auch die zukünftige Zusammenarbeit zwischen LSpR und Buko-Delegierten.

Ein kleines Highlight in diesem Monat war außerdem das durch den Landesverband veranstaltete Seminar zum Thema Grüner Kapitalismus.

Im Juni und Juli wurden die meisten Planungen aufgrund anderer Termine über Tekos durchgeführt und nur teilweise persönliche Absprachen getroffen. Als wichtiger Termin aus Sicht des LSpR ist lediglich die Länderratssitzung in Hamburg sowie das Treffen des LSpR mit den Neumitgliedern und Sympathisant_innen der nun bestehenden Basisgruppe Stendal zu nennen. Bei den Protesten gegen den Naziaufmarsch in Braunschweig waren wir, wenn auch in geringer Zahl, vertreten und zeigen somit immer mehr auch die überregionale Wirkung unseres Landesverbandes.

Ende Juni fand zudem eine „Freiraumdemo“ in Wittenberg statt, wobei der Landessprecher Marcel als Organisator und Anmelder in Erscheinung trat und mehrere Mitglieder der umliegenden Kreis- und Stadtverbände vertreten waren. In beiden Monaten fand insgesamt nur eine LSpR-Sitzung statt.

Leider müssen wir auch sagen, dass die Landessprecherin Nathalie ab diesem Monat die Aufgaben aus privaten Gründen nicht mehr wahrnehmen konnte und im August offiziell zurück getreten ist.

Im August gab es eine Teilnahme der Linksjugend am CSD in Magdeburg. Weiterhin fand eine LSpR-Sitzung im Heidecamp statt, wobei wir die endgültige Planung für das Landesjugendtreffen angingen. In Vertretung für Evelyn hat André an der Teko der Finanzer_innen der Landesverbände teilgenommen.

Im September fand das wohl größte Spektakel in diesem Jahr statt. Mit dem Landesjugendtreffen konnten teilweise bis zu 80 linke Jugendliche in das Heidecamp Schlaitz gelockt werden, um sich gemeinsam zu bilden, zu feiern oder einfach nur zu chillen. Uns begrüßten allerbestes Sommerwetter und eine ausgelassene Stimmung. Wir haben hierzu einen umfassenden Bericht bereits veröffentlicht und verweisen in diesem Zusammenhang darauf. Aber wir wollen nochmal einen großen Dank richten an alle: Spender_innen ; Helfer_innen ; Teilnehmer_innen ; Referent_innen ; Die DJ'ane ; Tapete ;

Podiumsteilnehmer_innen ; Die Campfee (Juko Robert) ; Und alle die wir jetzt versehentlich vergessen haben ;-).

Wir haben Menschen aus Sachsen-Anhalt, Sachsen, Berlin, Rheinland-Pfalz und Thüringen vor Ort gehabt. Somit strahlte das Landesjugendtreffen über die Grenzen hinaus. Lob und Kritik nehmen wir gern entgegen.

Wir waren außerdem im September vertreten auf dem CSD in Magdeburg und mit den ersten „Bundeswehr-Raus-Infoständen“ im Land unterwegs.

In der LSpR-Sitzung werteten wir vor allem das Landesjugendtreffen aus und bereiteten den vor der Tür stehenden Landesparteitag vor.

Die letzte Sitzung des amtierenden LSpR findet am 29. Oktober in Magdeburg statt.

Der Landesverband kann strukturell in vier aktive Gruppen, drei weitere in Gründung bzw. in weniger aktive Gruppen und zur Zeit gar nicht aktive und Kleingruppen eingeteilt werden. Im Jahr 2011 verzeichnen wir bis zum jetzigen Zeitpunkt etwas weniger Eintritte im Landesverband, jedoch eine um ein vielfaches größere Aktivität der Gruppen und Mitglieder.

Was unserer Meinung nach gut gelaufen ist, war das Zusammenspiel von Mitgliedern mit dem Juko und die doch meist langfristige Kooperation zwischen Landesebene und den Kreis- bzw. Stadtverbänden. Was allerdings auf jeden Fall verbesserungswürdig ist, ist die Zusammenarbeit zwischen dem LSpR und dem Landesvorstand, wobei dies jedoch die Kommunikation seitens Landesvorstands auf Augenhöhe voraussetzt. Weiterhin muss eine stärkere Vernetzung mit BündnispartnerInnen, höhere Transparenz der Landesebene gegenüber der Basis und mehr Arbeit gemeinsam mit der Basis erfolgen, um deren Themensetzungen und Forderungen gerecht zu werden.

Insgesamt bleibt zu sagen, dass wir in der gesamten Amtszeit 11 LSpR-Sitzungen, davon eine als mehrtägige Klausur, über 40 Telefonkonferenzen durchgeführt, an einem Anteil von ca. 70% an den Landesvorstandssitzungen teilgenommen haben. Wir haben insgesamt fünf Reden auf den drei Landesparteitagen gehalten, wovon eine die erfolgreiche Kandidatur von Marcel zum Landesvorstand der Partei zur Folge hatte. Wir konnten drei Kandidat_innen aus dem Jugendverband erfolgreich in den Landtag bringen. Unsere Arbeit wurde bereits auf Bundesebene und von anderen Landesverbänden bemerkt und seit dem zweiten Quartal auch interessiert verfolgt. Unser sächsischer Nachbar lobte das Landesjugendtreffen und wenn die Sachsen loben wissen sie von was sie sprechen.

4.2 Rechenschaftsbericht Finanzen 2011

Diesen müssen wir Euch vorerst schuldig bleiben und spätestens zur LMV nachreichen.

4.3 Bericht Länderratsdelegierte 2011

Der Länderrat ist das zweithöchste bundesweite Gremium der Linksjugend [solid]. Er beruft den das höchste Gremium ein, den Bundeskongress.

Jeder Landesverband und der SDS haben das Recht je zwei Delegierte (quotiert) zum Länderrat zu entsenden (meist auf Landesmitglieder- bzw. -vollversammlungen gewählt; beim SDS ist es der SDS-BuKo), um dort die Interessen des Landesverbandes bzw.

Studierendenverbandes zu vertreten. Es handelt sich dabei vordergründig um eine Kommunikationsfunktion in zwei Richtungen: aus dem Landesverband in die Bundesebene und von der Bundesebene in den Landesverband. Deshalb sind zwei ständige Tagesordnungspunkte auf den Länderratssitzungen „Berichte aus den Landesverbänden“ und „bundesweite Termine“.

Abgesehen von der Einberufung des Bundeskongresses und Kommunikation von Terminen, Aktionen, Debatten oder Problemen unterstützt der Länderrat die Arbeit des Bundeskongresses und des Bundessprecher_innenrates. Viele der an den Bundeskongress gestellten Anträge werden vorher im Länderrat besprochen, nachdem die Delegierten stellvertretend für den einbringenden Landesverband oder Arbeitskreis den Antrag vorgestellt und begründet haben. Fragen oder Kritikpunkte können so von den Länderratsdelegierten „mit nach Hause“ zu den Treffen der BuKo-Delegierten genommen werden wodurch sich teilweise bereits eine gewisse Tendenz oder ein Stimmungsbild erkennen lässt. Darüber hinaus befindet der Länderrat über sämtliche Anträge, die auf dem Bundeskongress aus Zeitgründen nicht mehr behandelt werden konnten, da eine mehrfache Einberufung des Bundeskongresses innerhalb eines Jahres um über alle übrigen Anträge zu entscheiden für den Verband finanziell nicht zu stemmen ist. Der Länderrat hat sogar das Recht bei auf dem BuKo gefassten Beschlüssen ein Veto einzulegen (wenn es beispielsweise den Delegierten mehrere Landesverbände nicht möglich war, zum Bundeskongress zu fahren, sie aber dort getroffenen Entscheidungen aus ihrer Sicht unmöglich mit tragen können). Diese Anträge gehen dann mit der entsprechenden Begründung an den Bundessprecher_innenrat, der sich dann noch einmal mit dem Antrag in den im Länderrat aufgekommenen Kritikpunkten auseinandersetzen muss, bevor er abschließend darüber entscheidet.

Doch keine Angst, Länderratsdelegierte schweben nicht nur in den hohen bundesweiten Riegen;). Ein besonders für André und mich immer sehr wichtiger Punkt sind die Finanzanträge aus den Landesverbänden oder deren Ortsgruppen. Wenn es in der eigenen Kasse vor Ort nicht reicht, dann können Anträge an den Bundessprecher_innenrat gestellt werden, das wusstet ihr vielleicht schon. Aber auch an den Länderrat können Finanzanträge gestellt werden, da dieser über den sogenannten „Länderausgleichsfonds“ entscheidet – so geschehen mit einem Antrag aus Halle im letzten Frühjahr zur Unterstützung der Arbeit des Bündnisses gegen Rechts in Vorbereitung der Nazi-Demo-Blockade am ersten Mai.

Sitzungen 2011

Im April traf sich der Länderrat in Erfurt. Die Hauptthemen waren die beantragte Satzungsänderung für den Bundeskongress und der Beschluss zur Erstellung eines bundesweiten Materialienpools.

Die Satzungsänderungsvorschläge sind Stück für Stück durchgegangen. Leider war kein Mitglied der Satzungskommission oder des Bundessprecher_innenrates anwesend war, um etwaige Fragen zu klären oder Kritiken mitzunehmen und zu diskutieren. Deshalb hat der Länderrat aufkommende Fragen gesammelt und an die Satzungskommission weitergegeben. Außerdem konnten in der Diskussion aufkommende Fragen, Kritiken und Anmerkungen in die Landesverbände beziehungsweise die Delegiertenplena zurückgetragen werden.

Da eine der wichtigsten Aufgaben des Länderrats die Möglichkeit zum Austausch ist, war uns die Erstellung eines bundesweiten Materialienpools sozusagen eine Herzensangelegenheit. Hierfür waren alle Delegierte angehalten, aktuelle Materialien aus den Landesverbänden (Flyer, Reader, Sticker...) mitzubringen. So konnten wir uns alle anschauen, was für Themen

in letzter Zeit wo von Relevanz waren und wie diese bearbeitet und gestaltet worden sind. Zentrale Fragen waren dabei, wie die Themen gewählt werden, wer die Texte schreibt, wer das Layout macht, wie verteilt und kommuniziert wird und warum z.B. ein Corporate Design sinnvoll sein kann, um einer Kampagne oder einer bestimmten Art von Material (Info, Mobi, Position, Werbung...) ein Gesicht mit Wiedererkennungswert zu geben. Diese Materialien und auch Corporate Design-Vorlagen sollen nun in diesen Pool eingestellt werden (dieser soll dann über die Bundeshomepage zugänglich sein), damit jede_r sie herunterladen und fröhlich verteilen und weiterverwenden kann, was anderswo schlaue und kreative Köpfe bereits erdacht und umgesetzt haben.

Auf der Sitzung im Juni in Hamburg ging es um die Auswertung des Bundeskongresses (Anträge und Tatsache, dass alle Anträge behandelt wurden: gut; Stimmung und Debattenverhalten als zu aggressiv wahrgenommen) und Anträge sowie Regelungen zum Länderfinanzausgleich (Kriterien, wann Gelder gewährt werden und Maximalhöhe pro Landesverband bei 500,00 Euro gesetzt). Der Schwerpunkt lag allerdings bei den Finanzfragen: Wie viel Geld haben die Landesverbände zur Verfügung, woher beziehen sie es, wofür wird es verwendet und was sind die größten Posten? Bei den Berichten dazu zeigte sich, dass die finanzielle Lage drastisch variiert. Auch werden Fragen des eigenen Kontos, der Abrechnung (fester Haushalt oder Finanzierung auf Rechnung) und Mitarbeiter- oder Jugendkoordinatorenstellen werden sehr unterschiedlich gehandhabt, oft in Abhängigkeit des Verhältnisses zur Landespartei. Es zeigte sich, dass die „reichen“ Landesverbände oft einen nicht unerheblichen Teil ihrer Mittel über öffentliche Förderung (Ring politischer Jugend) und Bündnispartner_innen beziehen, was der Einschätzung der beiden Delegierten wenn möglich auch für Sachsen-Anhalt angestrebt werden sollte, wenngleich laut Erfahrungsberichten anderer Landes- und Ortsverbände die Zusammenarbeit mit den Jugendorganisationen anderer Parteien durchaus von Unstimmigkeiten gekennzeichnet sein kann (auf Bundesebene gibt es inzwischen eine ausgearbeitete Präzedenzfall-Vorlage um sich in den RPJ hinein zu klagen!).

Kritisch anzumerken ist wohl noch, dass seitdem ein Mitglied des Präsidiums auf der entsprechenden Landesmitgliederversammlung nicht wiedergewählt worden ist, die Initiativen hin zu einer nächsten Sitzung etwas schleppend vorangehen, aber wir hoffen darauf, dass möglichst noch in diesem Jahr ein erneutes Zusammentreffen der Länderratsmitglieder möglich wird.

5 SATZUNGSÄNDERUNGSANTRÄGE/ WEITERE ANTRÄGE

5.1 Satzungsänderungsanträge

S 1 – redaktionelle Änderungen

Der LandessprecherInnenrat beantragt folgende redaktionelle Satzungsänderungen:

- Das Wort „Landesversammlung“ wird in der gesamten Satzung durch das Wort „Landesmitgliederversammlung“ ersetzt

- Den Abs. 2 des § 4 in Satz „1“ und „2“ zu teilen, sodass dieser Absatz wie folgt lautet:
 - (2)₁ Der Eintritt ist schriftlich gegenüber ...
 - ₂ Aufgrund ...

- Den Abs. 7 des § 4 in Satz „1“ und „2“ zu teilen, sodass es sich wie folgt ergibt:
 - (7) ₁ Ein aktives ...
 - ₂ Der Ausschluss ...

- Die Anstriche aus Absatz 1 des § 5 durch die Nummern „1“ – „6“ zu ersetzen und die Nr. 6 mit „**gem. § 4 (8) der Satzung**“ zu erweitern

- Die Anstriche aus Absatz 2 des § 5 durch die Nummern „1“ – „3“ zu ersetzen

- Die Bezeichnung des § 6 durch das Wort „Gremien“ zu erweitern

- Die Anstriche aus Absatz 1 des § 5 durch die Nummern „1“ – „5“ zu ersetzen und einen 6. Hinzu zu fügen welcher wie folgt lautet:
 - **„6. Ortsgruppen (Basisgruppen)“**

Begründung:

Der Antrag umfasst alle kleinen und zu 98 % nur redaktionelle Änderungen, welche die Übersichtlichkeit innerhalb der Satzung erleichtern, bzw. eine ordnungsgemäße Korrektur der Rechtschreibung und eine Anpassung an die aktuellen Medien mit sich bringen und somit teilweise auch Kostenersparnisse und ein schnelleres Handeln ermöglichen.

S2 – Vervollständigung des Verbandszweckes

Der LandessprecherInnenrat beantragt bei der Landesmitgliederversammlung folgende Satzungsänderung.

Aktuelle Satzung	Änderungsvorschlag
<p>§ 2: Zweck (1) Linksjugend [solid] ist ein sozialistischer Jugendverband. (2) Zweck des Jugendverbandes ist die Organisation junger Menschen mit dem Ziel, sich gemeinsam und selbstorganisiert in die politische Debatte und gesellschaftliche Prozesse einzubringen und hier für eine demokratische, solidarische, feministische, antifaschistische und sozialistische Gesellschaft einzutreten. In ihm wirken Mitglieder der Partei „Die LINKE“ und Partei-ungebundene junge Linke gleichberechtigt mit. Zur Zweckerreichung betreibt der Jugendverband eigenständige politische Aktivität, Bildungsarbeit und kulturelle</p>	<p>§ 2: Zweck (1) ₁ Linksjugend [solid] ist ein sozialistischer, antifaschistischer, basisdemokratischer, feministischer und parteinaher Jugendverband der Partei DIE LINKE Sachsen-Anhalt im Sinne § 11 derer Satzung. ₂ Er ist eine Organisation junger Menschen mit dem Ziel, sich gemeinsam und selbstorganisiert in die politische Debatte und gesellschaftliche Prozesse einzubringen und für eine nach Satz 1 beschriebene Gesellschaft einzutreten. In ihm wirken Mitglieder der Partei Die LINKE und Partei-ungebundene junge Linke gleichberechtigt mit. (2) Zur Zweckerreichung betreibt</p>

<p>Aktivitäten. Der Jugendverband ermutigt Jugendliche zur Teilnahme am politischen Prozess und Wahlen und geht Bündnisse mit anderen gesellschaftlichen Gruppen ein. (3) Der parteinahe Jugendverband ist die Jugendorganisation der Partei „Die LINKE. Sachsen-Anhalt“ im Sinne des § 11 der Landessatzung (<i>der Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt</i>) und wirkt als Interessensvertretung Jugendlicher in die Partei. (4)... (5)....</p>	<p>(3) Der Jugendverband wirkt als Interessensvertretung Jugendlicher und junger Mitglieder in die Partei.</p>
--	---

Begründung:

Die Bundessatzung hat sich bis auf den Konflikt zum letzten Buko stetig weiterentwickelt, nur die Landessatzung von Sachsen-Anhalt ist stehen geblieben. So fehlen im Zweck der Landessatzung wichtige Grundsätze der Linksjugend ['solid] Sachsen-Anhalt. Diese werden hiermit ergänzt und durch die Aufteilung in Sätze übersichtlicher gestaltet.

S3 – Landesmitgliederversammlung

Der LandessprecherInnenrat beantragt folgende Satzungsänderung.

<p>§ 7: Landesversammlung/Landesdelegiertenkonferenz (1) Die Landesversammlung ist höchste Organ des Jugendverbandes in Sachsen-Anhalt. Sie findet mindestens einmal pro Jahr statt. Die Landesversammlung findet als Mitgliederversammlung statt. Die Landesversammlung oder, sofern eine Landesdelegiertenkonferenz stattfindet, kann jedoch abweichend hiervon beschließen, dass die jeweils folgende Landesversammlung als Landesdelegiertenkonferenz stattfindet. (2) Findet die Landesversammlung als Landesdelegiertenversammlung statt, besteht die Landesdelegiertenversammlung aus 50 Delegierten aus den Gliederungen sowie 2 Delegierten aus dem Studierendenverband. Jede Gliederung des Landesverbandes erhält vorab 1 Grundmandat. Die weiteren auf die Gliederungen entfallenden Delegiertenmandate werden nach</p>	<p>§ 7: Landesversammlung/ Landesdelegiertenkonferenz (1) Die Landesmitgliederversammlung ist das höchste Organ des Jugendverbandes in Sachsen-Anhalt und findet mindestens einmal pro Jahr statt. Die Landesmitgliederversammlung oder, sofern eine Landesdelegiertenkonferenz stattfindet, kann jedoch abweichend hiervon beschließen, dass die jeweils folgende Landesmitgliederversammlung als Landesdelegiertenkonferenz stattfindet. (2) Findet die Landesmitgliederversammlung als Landesdelegiertenkonferenz... (2a) ₁ Jedes Mitglied, bzw. jeder Delegierter ist hierzu einzuladen. ₂ Jede vom LandessprecherInnenrat anerkannte Gruppe des Studierendenverbandes DIE LINKE.SDS in Sachsen-Anhalt ist über die</p>
--	--

<p>dem Hare-Niemeyer-Verfahren entsprechend der Mitgliederanzahl auf die Gliederungen ausgeteilt.</p> <p>(3) Die Landesversammlung wird vom LandessprecherInnenrat unter Einhaltung einer Frist von 4 Wochen schriftlich durch Einladung an alle Mitglieder einberufen. Die Frist beginnt mit dem auf die Absendung des Einladungsschreibens folgenden Tag. Das Einladungsschreiben gilt den Mitgliedern bzw. Delegierten als zugegangen, wenn es an die letzte vom Mitglied dem Verband schriftlich bekannt gegebene Adresse gerichtet ist.</p> <p>(4) Die Landesversammlung ist beschlussfähig, wenn ordnungsgemäß eingeladen wurde. Die Landesdelegiertenkonferenz ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der Delegierten anwesend sind.</p> <p>(5) Auf Antrag von mindestens 1/5 der Kreisverbände oder 20% der Mitglieder ist vom LandessprecherInnenrat eine außerordentliche Landesversammlung oder, sofern eine Landesdelegiertenkonferenz stattfindet, eine außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz, schriftlich einzuberufen.</p> <p>(6) Die Landesversammlung oder, sofern eine Landesdelegiertenkonferenz stattfindet, die Landesdelegiertenkonferenz, entscheidet über alle programmatischen, organisatorischen und finanziellen Fragen. Die Landesversammlung oder, sofern eine Landesdelegiertenkonferenz stattfindet, die Landesdelegiertenkonferenz, entscheidet ausschließlich über:</p> <ul style="list-style-type: none">a) die Wahl und Entlastung des LandessprecherInnenratesb) die Auflösung von Arbeitskreisen und Gliederungenc) Satzung und Geschäftsordnungd) die Auflösung des Jugendverbandes	<p>Landesmitgliederversammlung zu informieren.</p> <p>(3)₁ Die Landesmitgliederversammlung wird vom LandessprecherInnenrat unter Einhaltung einer Frist von 4 Wochen schriftlich oder elektronisch durch Einladung an alle Mitglieder, oder sofern eine Landesdelegiertenkonferenz stattfindet, durch Einladung aller Delegierten, einzuberufen.</p> <p>₂ Die Frist beginnt mit dem auf die Absendung des Einladungsschreibens folgenden Tag.</p> <p>₃ Das Einladungsschreiben gilt den Mitgliedern bzw. Delegierten als zugegangen, wenn es an die letzte vom Mitglied dem Verband schriftlich bekannt gegebene gerichtet ist.</p> <p>(4) Die Landesmitgliederversammlung ist ...</p> <p>(5) Auf Antrag von mindestens 1/5 der Mitglieder oder 20% der Mitglieder ist vom LandessprecherInnenrat eine außerordentliche Landesmitgliederversammlung gem. § 7 (2) und (3), oder sofern eine Landesdelegiertenkonferenz stattfindet, eine außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz, einzuberufen.</p> <p>(6)₁ Die Landesmitgliederversammlung, oder sofern eine Landesdelegiertenkonferenz stattfindet, Entscheidet öffentlich über alle programmatischen, organisatorischen und finanziellen Fragen.</p> <p>₂ Die Landesmitgliederversammlung entscheidet ausschließlich über:</p> <ul style="list-style-type: none">1. die Wahl und Entlastung des LandessprecherInnenrates2. die Auflösung von Arbeitskreisen und Gliederungen3. Satzung und Geschäftsordnung4. die Auflösung des Jugendverbandes5. die Wahl von Delegierten zum
--	--

<p>e) die Wahl von Delegierten zum Bundeskongress sowie zum Länderrat des Jugendverbands sowie zu den Organen der Partei DIE LINKE. (7) Die Landesversammlung oder, sofern eine Landesdelegiertenkonferenz stattfindet, die Landesdelegiertenkonferenz, tagt öffentlich.</p>	
--	--

Begründung:

Aufgrund der immer stärker werdenden SDS-Gruppen in Sachsen-Anhalt und somit steigenden Mitgliederzahl des Jugendverbandes insgesamt ist es notwendig diesen zu verpflichten den vom LSpR anerkannten SDS-Gruppen den Termin der LMV bekannt zu geben und eindeutig die Möglichkeit einzuräumen an der LMV teilzunehmen. Weiterhin findet in diesem § eine Modernisierung im Hinblick auf die Kommunikation, sowie eine bessere Gliederung des gesamten §.

S4 – Landesjugendtreffen

Der LandessprecherInnenrat beantragt bei der LMV folgende Satzungsänderung.

<p>§ 8: Landesjugendtreffen (1) (2) Auf dem Landesjugendtreffen sind alle anwesenden Mitglieder stimmberechtigt. (3) Zu Landestreffen lädt der Vorstand unter Wahrung einer Frist von 2 Wochen ein. (4) Das Landesjugendtreffen ist ein offenes politisches und kulturelles Forum des Austauschs und der Diskussion für alle Mitglieder, Sympathisantinnen und Sympathisanten des Jugendverbandes, politische Partnerorganisationen sowie linke Jugendliche.</p>	<p>§ 8: Landesjugendtreffen (1) ... (2) Eingeladen hierzu wird durch den LandessprecherInnenrat unter Wahrung einer Frist von 2 Wochen ein. (3) Das Landesjugendtreffen ist ein offenes politisches und kulturelles Forum des Austauschs und der Diskussion für alle Mitglieder, SympathisantInnen des Jugendverbandes, politische Partnerorganisationen, sowie linke Jugendliche. (4) Auf dem Landesjugendtreffen sind alle anwesenden Mitglieder stimmberechtigt.</p>
---	---

Begründung:

Es findet eine weitere Strukturierung des § statt, welcher es möglich macht die Satzung zu verkürzen und wiederum ein Stück zu vereinfachen.

S5 – LandessprecherInnenrat

Der LandessprecherInnenrat beantragt folgenden § der Satzung zu ändern.

§ 9: LandessprecherInnenrat

(1) Der LandessprecherInnenrat ist der Vorstand im Sinne des §26 BGB.

(2) Der LandessprecherInnenrat besteht aus

- zwei gleichberechtigten, nach Geschlecht quotierten, Landessprechern,
- dem/der in Einzelwahl zu wählenden KassiererIn sowie
- den stellvertretenden LandessprecherInnen.

Die beiden LandessprecherInnen oder ein/e Landessprecher/in und der/die Kassierer/in sind gemeinsam für den LandessprecherInnenrat geschäftsfähig.

Über die Größe des LandessprecherInnenrates entscheidet die Landesversammlung oder, sofern eine Landesdelegiertenkonferenz stattfindet, die Landesdelegiertenkonferenz.

(3) Der LandessprecherInnenrat vertritt den Jugendverband nach außen und gegenüber der Partei DIE LINKE. Dabei ist er an die Beschlüsse der Landesversammlung oder, sofern eine Landesdelegiertenkonferenz stattfindet, an die Beschlüsse der Landesdelegiertenkonferenz, gebunden und ihr rechenschaftspflichtig. Der LandessprecherInnenrat ist insbesondere verantwortlich für

- a) die Koordinierung der Gliederungen und Arbeitskreise des Jugendverbandes,
- b) die landesweite Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
- c) die Finanzgeschäftsführung, insbesondere den Entwurf des Haushalts
- d) die organisatorische Durchführung sowie die Vor- und Nachbereitung der Versammlungen der Organe des Jugendverbandes
- e) die Kampagnenarbeit des Verbandes auf Grundlage der Beschlüsse des Jugendverbandes

(4) Der/die KassiererIn ist für die Finanzplanung des Verbandes verantwortlich. Bei finanzrelevanten Beschlüssen hat er/sie das Recht, einmalig ein aufschiebendes Veto einzulegen.

Der Beschluss gilt dann als nicht gefasst

§ 9: LandessprecherInnenrat

(1) ...

(2) Der LandessprecherInnenrat besteht aus:

- 1. quotiert gewählten Landessprecher_Innen und**
- 2. der/dem in der Einzelwahl zu wählenden Schatzmeister_In.**

(3)₁ **Über die Größe des LandessprecherInnenrates entscheidet die Landesmitgliederversammlung, wobei die Mindestgröße sich auf 5 Mitglieder inklusive der/des Schatzmeister_in beschränkt ist.**

(4)₁ Der LandessprecherInnenrat vertritt den Jugendverband nach außen und gegenüber der Partei DIE LINKE.

2 Dabei ist er an die Beschlüsse der Landesmitgliederversammlung, oder sofern eine Landesdelegiertenkonferenz stattfindet, an die Beschlüsse der Landesdelegiertenkonferenz, gebunden und ihr rechenschaftspflichtig.

3 Der LandessprecherInnenrat ist insbesondere....

<p>und muss bei der folgenden Sitzung des LandessprecherInnenrates neu behandelt werden.</p> <p>(5) Der LandessprecherInnenrat wird für die Dauer von einem Jahr gewählt. Eine Abwahl von Mitgliedern des LandessprecherInnenrates erfordert die absolute Mehrheit der Mitglieder bzw. Delegierten.</p> <p>(6) Der LandessprecherInnenrat ist beschlussfähig, wenn alle seine Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen sind, und mindestens die Hälfte der Mitglieder anwesend sind.</p> <p>(7) Der LandessprecherInnenrat tagt mindestens alle 2 Monate. Die Sitzungen sind grundsätzlich öffentlich.</p>	<p>(5)₁ Die/der SchatzmeisterIn ist für die Finanzplanung des Verbandes verantwortlich.</p> <p>₂ Bei finanzrelevanten Beschlüssen hat sie/er das Recht, einmalig ein aufschiebendes Veto einzulegen, wobei der Beschluss dann als nicht gefasst gilt und bei der folgenden Sitzung des LandessprecherInnenrates neu behandelt werden muss.</p> <p>(6) Der LandessprecherInnenrat wird für die Dauer von einem Jahr gewählt. Eine Abwahl von Mitgliedern des LandessprecherInnenrates erfordert die absolute Mehrheit der Mitglieder bzw. Delegierten.</p> <p>(7)₁ Der LandessprecherInnenrat ist beschlussfähig, wenn alle seine Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen sind, und mindestens die Hälfte der Mitglieder anwesend ist.</p> <p>₂ Der LandessprecherInnenrat tagt mindestens alle 2 Monate. Die Sitzungen sind grundsätzlich öffentlich.</p> <p>₃ Näheres wird in der Geschäftsordnung des LandessprecherInnenrates, welche durch den jeweils gewählten LandessprecherInnenrat abzustimmen ist.</p> <p>(8) Mitglied des LandessprecherInnenrates kann nicht die/der JugendkoordinatorIn sein.</p>
---	--

Begründung:

Bereits zum Anfang des Jahres diskutierten wir über die Größe des Gremiums, sowie den Sinn und Zweck eines Vorsitzenden bzw. Stellvertreters innerhalb des Gremiums, wobei doch im Endeffekt alle die selbe Aufgabe, die Vertretung des Jugendverbandes, haben. Es werden weiterhin neue Regelungen zur Größe des LSpR, sowie zum Wahlverfahren getroffen. Auch eine Konkretisierung der Aufgaben findet bereits vor Erstellung der Geschäftsordnung des LSpR statt. Die Mehrheit des LandessprecherInnenrates hat sich gegen eine Personalunion bei zeitaufwendigen Gremien ausgesprochen. Weiterhin soll es in diesen auch keinen bezahlten Posten geben.

S6 – Landesarbeitskreise

Der LandessprecherInnenrat beantragt bei der LMV folgende Satzungsänderung.

<p>§ 11: Landesarbeitskreise (1)... (2) Landesarbeitskreise bestehen aus mindestens drei Mitgliedern verschiedener Kreisverbände.</p>	<p>§ 11: Landesarbeitskreise (1)... (2) 1Landesarbeitskreise bestehen aus mindestens jeweils 2 Mitgliedern, zweier Kreis- bzw. Stadtverbände. Soweit 3 Kreis- bzw. Stadtverbände interesse hieran haben reicht mindestens jeweils 1 Mitglied aus.</p>
--	--

Begründung:

Der LSpR hat sich bereits im Laufe des Jahres mehrfach für die Gründung von landesweiten thematisierten Gruppen ausgesprochen und aus Gründen der bisher nur wenig auf Landesverbandsebene engagierten Mitglieder Landesarbeitsgemeinschaften gegründet, welche nicht auf der Satzung beruhen, sondern aus einem Beschluss des LSpR hervorgehen. Hier soll die Möglichkeit geboten werden, diese in einen Landesarbeitskreis auszubauen und somit eine Satzungskonforme Regelung herbei zu führen.

Abschließender Hinweis zu Satzungsänderungen:

Soweit eine Änderung der Satzung vorgenommen wurde, ist abschließend zu entscheiden, ab wann die Änderung ihre Gültigkeit erhält.

5.2 WEITERE ANTRÄGE

★ A1 – „SolidFonds“

EinbringerIn: LandessprecherInnenrat

Der LandessprecherInnenrat hat auf seiner Klausursitzung vom 28.01.-30.01.2011 einstimmig beschlossen einen „Basisgruppentopf“ einzurichten um Kreis-, Stadt- und Ortsverbände bei größeren Vorhaben finanzielle zu unterstützen, sowie dies über keinen anderen Weg möglich ist. Für das Jahr 2011 wurden hierfür 500 € aus dem laufenden Haushalt „herausgelöst“. Zukünftig soll der Betrag sich an dem Zuschuss der Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt bemessen. So sind 5% pro Jahr vorgesehen, welche für Projekte der Basis zur Verfügung gestellt werden sollen.

Soweit ein Beschluss getroffen wird ist dieser zu der jährlichen Landesmitgliederversammlung neu zu behandeln und ggf. neu zu beschließen, soweit eine Änderung beantragt wird.

Wenn ein Kreis-, Stadt- oder Ortsverband Geld aus dem sogenannten „SolidFonds“ begehrt, so muss ein Antrag mit ausreichender Begründung, sowie Nachweisen über die entstandenen Kosten (Rechnungen, Verträge) je nach Form zum Antrag oder nachträglich zur Anweisung beim LandessprecherInnenrat eingereicht werden. Dieser befindet über das Anliegen.

Um dies zu legitimieren und zu verstetigen bitten wir um einen Beschluss der Landesmitgliederversammlung.

★ **A2 – Imperatives Mandat zum BuKo**

EinbringerInnen: Linksjugend [’solid] Stadtverband Halle

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

„Die Delegierten zum Bundeskongress (BuKo) der Linksjugend[’solid] werden mit einem imperativen Mandat ausgestattet. Zu diesem Zweck finden im Vorfeld des BuKos Vorbereitungstreffen für alle Mitglieder des Landesverbandes statt, auf denen Anträge beraten und gemeinsame Abstimmungspositionen entwickelt werden.“

Begründung:

Die Wahl der Delegierten zum Bundeskongress findet zeitlich weit vor ihm statt. Daher kann nicht vorausgesehen werden, welche Anträge zur Abstimmung bzw. Behandlung kommen werden. Die TeilnehmerInnen der Landesmitgliederversammlung haben so keine Chance diejenigen zu delegieren, die sie ihrer Meinung nach am Besten vertreten und Anträge in ihrem Sinne behandeln.

Wir sind ein pluraler Jugendverband, in dem die unterschiedlichsten Meinungen existieren, was gut und wichtig für unsere politische Arbeit ist. Dieser Pluralismus sollte deshalb auch bei BuKo-Abstimmungen deutlich und nicht allein der persönlichen Einstellung der Delegierten überlassen werden. Imperatives Mandat kann natürlich nicht bedeuten, dass unsere Delegierten immer einheitlich im Block abstimmen, da dies unserem pluralistischen Anspruch widersprechen würde. Das bedeutet unsere Delegiertenstimmen müssen so aufgespaltet werden, dass sie die Ansichten unserer Mitglieder möglichst gut repräsentieren.

Damit werden auch Nichtdelegierte vertreten und man wird der Meinungsvielfalt des Landesverbandes gerecht. Die BuKo-Vorbereitungstreffen, auf denen schon vorliegende Anträge und Kandidaturen beraten werden, gewinnen so mehr Relevanz für die Mitglieder und nicht nur für die Delegierten und fördern die politische Diskussion im Landesverband.

Das imperative Mandat bedeutet nicht, dass den Delegierten kein Vertrauen in politischen Fragen entgegengebracht wird und man ihnen keine eigene Meinung zugesteht. Dem Delegierten steht es frei, seine Ansichten in den Vorbereitungstreffen deutlich zu machen und für sie zu werben. Aber auch auf dem BuKo können die Delegierten weiter zu Anträgen Für- oder Gegenreden halten, sie unterzeichnen oder anderweitig unterstützen, auch wenn sie sie wegen ihrem Mandat ablehnen bzw. annehmen müssen. Das Vertrauen in die Delegierten drückt sich auch darin aus, dass sie bei Initiativanträgen, spontanen Kandidaturen, Resolutionen u.ä. weiterhin frei und nach bestem Ermessen entscheiden sollen.

★ A3 – Regionale Verteilung Delegiertenmandate

EinbringerInnen: Linksjugend [solid] Stadtverband Halle

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

„Bei der Wahl der Delegierten zum BuKo soll bei großer Kandidatenmenge auf die Repräsentation aller Landesteile Sachsens-Anhalts Rücksicht genommen werden.“

Begründung:

Jeder Orts- bzw. Kreisverband, der die Landesmitgliederversammlung ausrichtet, hat einen strukturellen Vorteil bei der Anwesenheit seiner Mitglieder, wie die Erfahrungen der letzten Jahre gezeigt haben. Damit ist es für KandidatenInnen von außerhalb und aus kleineren Gruppen schwieriger bei den Wahlen eine Mehrheit zu erlangen, da wir davon ausgehen, dass überwiegend Stimmen an Kandidaten gegeben werden, die man selber kennt bzw. die in derselben Gruppe aktiv sind. Eine Beschränkung der Kandidatenzahl aus den einzelnen Gruppen gibt deshalb auch Mitgliedern kleinerer Orts- und Kreisverbände die Chance zum BuKo delegiert zu werden.

Vorschlag: Uns ist bewusst, dass die Formulierung „Rücksicht nehmen“ sehr ungenau ist, doch ist es schwierig ein allgemeingültiges System für eine ausgeglichene Verteilung der Mandate zu finden. Dies schon allein durch diverse Ortsgruppen Gründungen, die gerade ablaufen oder anstehen und durch schwankende Mitgliederzahlen. Deshalb schlagen wir vor, um ein System zu testen, dass pro Orts- bzw. Kreisverband maximal zwei Kandidaten delegiert werden dürfen.

Eine große Kandidatenmenge sehen wir als gegeben an, wenn sich doppelt so viele Kandidaten aufstellen, wie Mandate zu vergeben sind. Dies bezieht sich sowohl auf die Frauenliste, als auch auf die gemischte Liste. Natürlich darf deshalb kein Platz unvergeben bleiben, wie es bei der Geschlechterquotierung der Fall ist.

★ A4 – Änderungsantrag zum Antrag „S2“ aus dem Antragsheft 1

EinbringerInnen: René Hempel, Philipp Sejk

§2: Zweck

- (1) 1. Linksjugend [solid] ist ein sozialistischer, demokratischer, antifaschistischer und emanzipatorischer Jugendverband, der der Partei Die Linke. Sachsen-Anhalt im Sinne §11 derer Satzung nahe steht.

Begründung: Der Jugendverband ist seiner Organisation nach nicht basisdemokratisch. Mit der Wahl eines LSPR ist seine Struktur demokratisch repräsentativ. Das Wort basisdemokratisch verkommt so zu einer reinen Floskel und wird wie im Antrag des LSPR sinnentleert.

Zudem greift das Wort feministisch deutlich zu kurz. In unserer Gesellschaft gibt es nicht nur Diskriminierungen, die der kulturellen Geschlechtskonstruktion entspringen. Der Feminismus ist nur ein Bestandteil eines von uns angestrebten gesamtgesellschaftlichen

Emanzipationsprozesses, der sich auch gegen die Ausgrenzungen bzw. Diskriminierungen nach Herkunft, religiöser Anschauung oder Klassenzugehörigkeit richtet. Zudem wird mit dem Begriff Emanzipation der Charakter dieses Prozesses, der noch lange nicht abgeschlossen ist, betont.

★ **A5 – Änderungsantrag zum Antrag „S3“ aus dem Antragsheft 1**

EinbringerInnen: Rene Hempel, Philipp Sejk

§7: Landesversammlung/ Landesdelegiertenkonferenz

- (3) 1. Die Landesmitgliederversammlung **ist** vom LandessprecherInnenrat unter Einhaltung einer Frist von 4 Wochen schriftlich **und** elektronisch durch Einladung an alle Mitglieder, oder sofern eine Landesdelegiertenkonferenz stattfindet, durch Einladung aller Delegierten, einzuberufen.

Begründung: Zunächst ist der Antragsvorschlag des LSPR kein grammatikalisch korrekter Satz.

Inhaltliche Begründung erfolgt mündlich!

★ **A6 – Unterstützung einer Wahl**

Einbringer: Marcel Wiebach

Antrag:

Der Landesverband unterstützt die Wahl als Bundesparteitagsdelegierter beim kommenden Bundeskongress des Bundesverbandes.

Begründung:

Liebe Genossinnen und Genossen,

mein Name ist Marcel Wiebach und ich bitte euch um eure Unterstützung für meine Kandidatur als Bundesparteitagsdelegierter. Ich war bis jetzt Ersatzmitglied und konnte als Nachrücker am letzten Bundesparteitag teilnehmen. Dies hat in mir die Lust geweckt, auch für die kommenden Bundesparteitag wieder zu kandidieren. Eins meiner Ziele wird es dann sein, unser Interessen auch in der Delegation der Linksjugend zu artikulieren und zu vertreten.

Für weitere Fragen stehe ich euch zur Verfügung.

★ **A7 – Politische Bildung im Landesverband**

EinbringerInnen: LandessprecherInnenrat

Antrag zur Durchführung eines Landesjugendtreffen und eines Seminarprogramms

Antrag:

Die Landesmitgliederversammlung beauftragt den neuen LandesprecherInnenrat ein Landesjugendtreffen im Jahr 2012 durchzuführen. Außerdem erstellt es ein Seminarprogramm mit mindestens 2 thematisch unterschiedlichen Seminaren. Für die Planung des Landesjugendtreffens bildet der LSPR eine Vorbereitungsgruppe, in dem sich verschiedene Mitglieder des Landesverbandes beteiligen können.

Die Finanzierung des Landesjugendtreffens und der Seminarreihe wird gemeinsam mit der Mutterpartei besprochen. Dabei geht es einmal um die Eigenmittel und die Möglichkeit der Einwerbung von Drittmitteln.

Begründung: erfolgt mündlich

Hinweis: Die Behandlung der Anträge „A4“ und „A5“ erfolgt ggf. bei der Behandlung der Satzungsanträge.

★ **A8 – Aufgabenverteilung im LSpR**

EinbringerInnen: Linksjugend [solid] & SDS.Die Linke Magdeburg

Die LMV möge beschließen, dass die Mitglieder des neu zu wählenden LSpR sich selbst und in Eigenverantwortung klar voneinander getrennte Aufgaben- und Themenfelder zur Bearbeitung geben und diese öffentlich (z.B. über die Internetseite und AktivistInnenverteiler) bekannt machen.

Diese Aufgaben- und Themenbereiche obliegen dabei aber nicht nur der jeweiligen Person. Eine Bearbeitung durch andere Mitglieder des LSpR ist jederzeit möglich, sofern es die zeitlichen Ressourcen zulassen. Die Aufteilung regelt das Gremium per Geschäftsordnung.

Beispiele hierfür seien: PressesprecherIn, ParteiansprechpartnerIn, VerantwortlicheR Bereich Vernetzung mit Externen Gruppen, VerantwortlicheR für externe Veranstaltungen, Gruppenbetreuung für den Bereich ##, usw.

Begründung: *Eine klare Aufgabenteilung erhöht nicht nur die Effizienz des Gremiums, sie sorgt vor allem für eine durchsichtigeren Organisationsstruktur für Mitglieder und Außenstehende, da direkte AnsprechpartnerInnen nominiert und bekannt sind. Wir wollen dabei nicht in die Autonomie des Gremiums eingreifen. Es ist jedoch ein Gebot der Transparenz, die verschiedenen Tätigkeitsbereiche weitestgehend offen zu legen. Nichtsdestoweniger beschleunigen sich Arbeitsprozesse durch eine bessere und konsequentere Verteilung der Tätigkeitsbereiche. Darüber hinaus sind thematische Spezialisierungen einzelner Mitglieder des LSpR von Vorteil, wenn sie einhergehen mit einer stärkeren Verflechtung mit Landesarbeitskreisen oder externen politischen Akteuren. Nicht zuletzt entlastet diese Organisationsstruktur den Jugendkoordinator und determiniert dessen Tätigkeitsfelder noch zusätzlich.*

Wir möchten betonen, dass die Annahme dieses Antrages keine Mehrarbeit für jede/n Einzelne/n zur Folge haben darf.

★ **A9 – Aktivierung und Gewinnung junger Frauen**

EinbringerInnen: Linksjugend [solid] & SDS.Die Linke Magdeburg

Die LMV möge beschließen, ein Konzept oder Programm zu erarbeiten, welches dabei hilft, mehr Frauen für politische Tätigkeiten zu gewinnen oder zu aktivieren.

Der LSpR möge eine solche Konzeption federführend erarbeiten. Dabei sollen insbesondere weibliche Mitglieder einbezogen werden. Auch die Gründung eines Landesarbeitskreises ist möglich.

Die potentielle Konzept- oder Projektgruppe soll nach Möglichkeit eng verzahnt mit der Partei und deren Frauenstrukturen zusammenarbeiten, um größtmögliche Synergieeffekte zu erzeugen. Beide Organisationen sind vom selben Problem betroffen.

Ein konkretes Beispiel für ein mögliches frauenspezifisches Angebot ist ein einmal im Jahr stattfindendes Frauenplenum, Frauenwochenende etc.

Begründung: *Spätestens bei der Suche nach weiblichen Kandidatinnen für diverse Gremien fällt dem politisch Aktiven auf, dass wir in einer prekären Situation stecken. Nicht nur bei den Neueintreten zeichnet sich ein starkes Übergewicht zu Gunsten männlicher Mitglieder ab, auch beim Grad der Aktivität ist spürbar, dass immer weniger Frauen sich begeistern für politisches Engagement innerhalb von Jugendverband und/oder Partei.*

Quotenregelungen innerhalb von Partei und Jugendverband werden seit jeher kontrovers diskutiert. Einerseits zwingen sie die Verbände, sich verstärkt um die Aktivierung junger Frauen zu kümmern, andererseits artet die Ansprache oftmals in einem ungewollten und zwanghaften Ton aus. Frauen wollen sich nicht politisch engagieren, weil sie es einer Quote wegen müssen, sie wollen sich engagieren, weil sie es eben wollen. Daher ist es aus unserer Sicht eine der wichtigsten Aufgaben unseres Jugendverbandes, sich Gedanken zu diesem Problem zu machen, um langfristig ein Konzept zu entwickeln, dass dabei hilft, mehr junge Frauen für linke Politik zu gewinnen.

Die Gemeinschaftsgruppe „Linke Jugend Magdeburg“, bestehend aus SDS.Die Linke und Linksjugend [solid] Magdeburg, beschäftigt sich seit mehreren Monaten mit diesem Problem. Wir sind äußerst sensibel für diese Thematik und spüren die prekäre Situation quasi tagtäglich. Unseres Ermessens sind Ansätze, die sich lediglich mit strukturellen oder inhaltlichen Ausformungen beschäftigen, deutlich zu kurz gedacht. Wir stehen selbst wie vor einem Rätsel und möchten uns, die wir uns zwar wöchentlich, aber fast immer ohne weibliche Beteiligung treffen, nicht anmaßen, Lösungsansätze zu entwickeln.

Linke Politik ist nur denkbar und komplett, wenn emanzipatorische, feministische und weibliche Inhalte und Sichtweisen einfließen. Wir betonen gleichzeitig, dass es natürlich keine strengen geschlechtsspezifischen Determinanten gibt, sondern ein linker Begriff von

„gender“ zu prägen ist. Wir wollen keinen männerdominierten Verband, wir wollen keine männerdominierten Ortsgruppen, Gremien, Arbeitskreise, wir wollen offen, pluralistisch und attraktiv bleiben, die Dinge pluralistisch und mehrere Lebenswelten einschließend denken und unser politisches Handeln dementsprechend ausrichten. Dazu brauchen wir engagierte Frauen. Was wäre die Linke ohne Rosa Luxemburg oder Clara Zetkin?

★ **A10 – Zur Intensivierung der internationalen Zusammenarbeit linker, demokratischer und sozialistischer Jugendorganisationen**

EinbringerInnen: Linksjugend ['solid] & SDS.Die Linke Magdeburg

Die LMV möge beschließen, einen Antrag zur Intensivierung der internationalen Zusammenarbeit linker, demokratischer und sozialistischer Jugendorganisationen an den nächsten Bundeskongress zu stellen.

Der Antrag schlägt dabei folgende Schritte vor:

- ★ **1.** der Bundesverband der Linksjugend ['solid] setzt sich innerhalb des „European Network of Democratic Young Left“ für die Schaffung eines weltweiten Dachverbandes ein; die erste Vorbedingung hierfür ist die Ausarbeitung einer gemeinsamen theoretischen Grundlage, die ein Bekenntnis zu demokratischen Grundpositionen zur Bedingung für eine Zusammenarbeit macht.
- ★ **2.** der Bundesverband der Linksjugend ['solid], sowie die Landes-, aber auch Stadt- u. Kreisverbände nehmen direkten Kontakt mit demokratischen und sozialistischen Jugendorganisationen weltweit auf, um sie von der Notwendigkeit einer Kooperation zu überzeugen und eine partnerschaftliche Kommunikation auch auf regionaler und lokaler Ebene zu schaffen; perspektivisch soll auch bereits an Möglichkeiten gearbeitet werden, einen persönlichen Austausch zu organisieren.
- ★ **3.** sämtliche Veröffentlichungen, Dokumente und Erklärungen sowohl des Bundesverbandes der Linksjugend ['solid], als auch der Landesverbände sind zumindest in englischer Sprache verfügbar zu machen, damit unsere Freunde, Partner und Genossen in aller Welt sich über unsere Positionen informieren können.

Dies sind nur die ersten Gehversuche, die unser Bestreben, die Welt zu einem lebenswerteren Ort für alle zu machen, betonen und Gleichgesinnte überall auf uns aufmerksam machen sollen.

Das Anliegen dieses Antrages ist es, alle Landes-, Stadt- u. Kreisverbände sowie die Masse der Mitglieder der Linksjugend ['solid] für unsere Idee einer schlagkräftigen internationalen Jugendorganisation zu begeistern, weitere Vorschläge zur Realisierung dieses Ziels zu befruchten und unseren Willen zu bekunden, die Welt in letzter Konsequenz von der kapitalistischen Ausbeutung und Kriegstreiberei zu befreien!

Begründung: *Die Welt, in der wir leben, ist heute in raschem Wandel begriffen. Der Motor für diesen Wandel ist der allgemein als Globalisierung bezeichnete Prozess der*

wirtschaftlichen Verflechtung aller Nationen und Gesellschaften auf unserem Planeten. Getrieben wird dieser Prozess nicht von dem Wunsch, als Menschheit zusammen zu leben und die vorgefundenen Ressourcen möglichst zum Wohle Aller einzusetzen, sondern von den Profitinteressen gesichtsloser multinationaler Unternehmen, die die kapitalistische Produktionsweise bis in die letzten Winkel des Globus zu tragen gedenken.

Die Konsequenzen dieser Entwicklung sind nicht nur die immer größere Konzentration von Wohlstand und Macht in immer weniger Ländern und Händen sowie die damit einhergehende massenhafte Ausbeutung und Entmündigung ganzer Völker. Die gleichen Mechanismen, die es den Kapitalisten aller Länder erlauben sollen, immer mehr Macht über immer mehr Menschen zu erlangen, ermöglichen auch jenen Kräften, die für Gleichberechtigung und Emanzipation unter den Völkern der Erde streiten, sich besser und enger zu organisieren.

Der Kapitalismus reißt die alten Grenzen ein, die Ethnien, Kulturen und Nationen einst trennten, mit dem Ziel, sie alle gleichermaßen ihren Profitinteressen unterzuordnen. Als Beleg für diese Entwicklung genügt es, sich das Internet anzuschauen.

Es ist zur Lebensgrundlage der heutigen Weltwirtschaft geworden, absolut notwendig für die weitere Verflechtung einzelner Unternehmen, Märkte und Gesellschaften. Gleichsam entzieht sich dieses erstaunliche Medium jedweder Kontrolle durch staatliche oder privatwirtschaftliche Aufsicht.

Damit hat der Kapitalismus als weltweite Produktionsweise eine zwingende Vorbedingung zu seiner eigenen Überwindung geschaffen!

Was also bedeutet das für unsere Organisation?

Wenn wir es ernst meinen mit unserer Sehnsucht nach einer besseren Welt, einer Welt, in der Rassismus und Chauvinismus, koloniale Attitüden und militärische Dominanz der Vergangenheit angehören sollen, dann benötigen vor allem anderen eins: Internationalismus!

Nicht als hohle Phrase, die unsere Programme und Aufrufe ziert, nicht als blasse Erinnerung an die Wurzeln linker Bewegungen, sondern als gelebte Praxis.

Natürlich sind unsere Mittel stets begrenzt, ein kurzfristiger Erfolg nicht zu erwarten. Aber wir können einen ersten Schritt wagen, wir können die Fundamente für die Globalisierung der sozialistischen und demokratischen Jugendstrukturen heute legen, damit wir morgen auf den nächsten weltweiten Raubzug in Form einer Wirtschafts- und Finanzkrise, auf den nächsten Krieg um Rohstoffe und Absatzmärkte vorbereitet sind. Damit die kapitalistische Globalisierung endlich einen ebenbürtigen Gegenpol hat, an dem sie sich irgendwann die Zähne ausbeißen wird!

Die europäischen Strukturen, die wir mit dem „European Network of Democratic Young Left“ bereits aufgebaut haben, sind eine hervorragende Grundlage, doch ist es notwendig, diese Erfolgsgeschichte im weltweiten Maßstab fortzuschreiben.

Es lebe die demokratische, linke und sozialistische Jugend der Welt!

★ **A11 – Ein politischerer Jugendverband**

EinbringerInnen: Linksjugend [‘solid] & SDS.Die Linke Magdeburg

Die LMV möge beschließen, verstärkt Anstrengungen zu unternehmen, den Jugendverband politischer werden zu lassen. Hierzu sind alle Akteure, der LSpR, Mitglieder, Landesarbeitskreise, Ortsgruppen etc. gefragt. Nicht alleinig dem LSpR obliegt es, dem Jugendverband ein klares politisches Profil zu geben.

Konkret plädieren wir dafür, politische Willens- und Meinungsbildung ernster zu nehmen, indem mehr inhaltliche Arbeit betrieben wird, indem Strukturen unterstützt werden, in denen es inhaltlichen Output gibt, indem verstärktes Augenmerk auf Presse- und Öffentlichkeitsarbeit gelegt wird. Eine Stärkung des LAK Material ist dringend von Nöten, um Inhalte visualisieren und veranschaulichen zu können.

Ein mögliches Projekt zur Entwicklung eines konturierten Profils kann die Ausarbeitung eines Jugendwahlprogramms zur Bundestagswahl 2013 sein. Die LMV möge beschließen, ein solches, unter Partizipation aller Interessierten, vorzubereiten und später zu beschließen.

Begründung: *in der vergangenen Legislatur wurden bereits einige gewichtige Schritte unternommen, dem Jugendverband insgesamt mehr Profil zu verleihen. Mit einigen Workshops und dem Landesjugendtreffen hat der Landesverband gezeigt, dass er sich in Zukunft verstärkt als Akteur im bildungspolitischen Spektrum bewegen kann und wird.*

Wenngleich Ansprüche an niedrigschwelligen Bildungsangeboten in Kombination mit zahlreichen aktivistischen Aspekten mehr als erfüllt worden sind, stellen wir fest, dass unser Landesverband mehr Konturen benötigt und noch zu wenig wahrgenommen wird von der Öffentlichkeit. Wir haben etwas zu sagen zu den Dingen, die um uns herum geschehen, wir müssen es nur tun!

Insofern möchten wir insbesondere den LSpR damit beauftragen, politische Willens- und Meinungsbildung zu forcieren, unter Einbeziehung aller Mitglieder. Dies findet bisher noch zu selten statt. Multimediale Methoden zur Visualisierung oder Veranschaulichung von Inhalten werden bisher noch nicht genutzt, auch dies ist anzustrengen, beispielsweise durch eine Stärkung des LAK Material.

★ **A12 – Antwort auf den Kommentar des BAK AuF „...ein bisschen Frieden?“**

EinbringerInnen: Linksjugend [‘solid] & SDS.Die Linke Magdeburg

Mit Entsetzen und großer Sorge haben wir das Positionspapier des BAK AuF der linksjugend [‘solid] zur Kenntnis genommen. Auch wenn wir inhaltlich viele Positionen des BAK teilen, ist die Art und Weise äußerst bedenkenswert. Das sich durch den gesamten Text ziehende Schwarz-Weiß-Denken zeugt von einer dogmatischen Position, die einen Alleinvertreteranspruch auf die Friedenspolitik der Partei zementieren möchte. Dabei macht

man, um die eigene Position zu stärken, auch vor der Verwendung nationalsozialistischer Propagandabegriffe („Heimatfront“) nicht halt. Dies empfinden wir als unerträglich in einem linken Papier. Die sich selbst als „Linke“ in der Linken (Was immer das auch sein soll? – Erklärung bitte!) bezeichnete Gruppe macht hierbei vor der Denunziation **UNSERER EIGENEN PARTEIGENOSS(INN)EN** nicht halt. Sprachlich reiht sich diese Papier nahtlos in die Marx21-Veröffentlichungen der letzten Jahre ein. Aus dem Kontext gerissene (Luxemburg-) Zitate dienen hierbei der theoretischen Untermauerung und bieten den Anschein von seriöser politischer Arbeit. Die Genossen Liebig, Brie, Woop und Schäfer werden im AuF-Papier als eine Räuberbande präsentiert, die die Linke zu einer (neo)imperialistischen Kriegspartei umbauen wollen, um sie regierungskompatibel zu machen. Wie immer man auch zum FdS oder der Ema.li stehen mag, ist eine derartige Unterstellung konstruierter Unsinn. Wir gehen davon aus, dass **alle** Mitglieder der Linken für Frieden eintreten, da dies eines der elementaren Ziele unserer Partei war und auch bleiben wird. Vielmehr diene die Eröffnung der Diskussion durch André Brie einer ernsthaften Auseinandersetzung mit dem Thema Auslandseinsätze:

Lehnen wir pauschal alle Auslandseinsätze ab, auch wenn, wie im Falle Ruandas, binnen weniger Wochen 700000 Menschen ermordet werden? Die Weltgemeinschaft schaute damals tatenlos zu, und ließ diesen abscheulichen Völkermord geschehen. Es geht hier nicht um neoimperialistische Interventionskriege wie im Irak oder in Afghanistan. Wir sind uns alle einig, dass Krieg keine Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln ist. Es geht vielmehr um die moralische Frage, ob man sich für derartige Vorfälle wie in Ruanda die Option offen hält, einzugreifen. Sagen wir pauschal nein, können wir hinterher auch nicht klagen. Unsere Schuld als Linke liegt dann aber auch im Nichtstun. Treffen wir diese Entscheidung des Untätigsein müssen wir mit den Opfern leben. Wir können es nicht, haben aber auch noch keine Lösung für dies Problematik. Es wäre doch daher eine Aufgabe für den BAK AuF ein Instrument zu überlegen, welches ohne militärische Intervention derartige Völkermorde verhindern kann. Das wäre konstruktives Vorgehen.

Zudem sind die undifferenzierten Aussagen zu UNO und zu Rüstung nicht tragbar. **Wir wollen keine „vergesellschafteten Rüstungskonzerne!“** Waffenproduktion und Export können auch schon vor der gesamtgesellschaftlichen Umgestaltung verboten werden. Diese Möglichkeit gibt schon der gesetzliche Rahmen unserer bürgerlich-parlamentarische Republik her!

Von einem Arbeitskreis Antimilitarismus und Frieden erwarten wir **keine verbale Kriegsführung**, sondern einen angemessenen friedlichen Sprachstil. So möge sich der AK seiner eigenen Forderung gerecht werden, und sich „...der Begriffe, Redewendungen und Diskursfiguren sicher sein.“

Dieses Papier soll als Grundlage für eine Diskussion dienen, die den persönlichen und inhaltlichen Umgang innerhalb des Jugendverbandes und der Partei zum Thema haben soll.

Hinweis: Dieser Antrag erfüllt nicht die Kriterien eines abstimmungspflichtigen Antrages. Es handelt sich hierbei lediglich um ein Positionspapier. Die Antragskommission berät, wie damit zu verfahren ist.

6 KANDIDATUREN

Aus datenschutzrechtlichen Gründen sind sämtliche Kandidaturen nur Angemeldeten zugänglich. Es existiert also eine komplette Version des Antragsheftes. Meldet euch bei Robert via jugend@dielinke-lsa.de oder 0163-7057294.